

Flensburger Ratsfraktionen:

CDU, SPD, Bündnis 90/Grüne

Flensburg, 21.07.2016

Dr. Hanna Peters

☎ 27 43

RV-83/2016
1. Ergänzung

- öffentlich -

Beschlussvorlage

Ratsversammlung am 21.07.2016

Antrag zum Ausstieg aus der Kernenergie;
Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU

Antrag:

Der Rat der Stadt Flensburg bekennt sich dazu, dass der Ausstieg aus der Kernenergie geregelt werden muss.

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg appelliert an die Betreiber der Kraftwerke, bei dem Rückbau von Kernkraftwerken dafür Sorge zu tragen, sie vollständig zurückzubauen und die Deponieanlagen so zu sichern, dass sie den Sicherheitsvorschriften für ein Zwischenlager gemäß Deponieverordnung für schwachradioaktive Abfälle entsprechen.

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg appelliert an die Landesregierung, bei den Vermittlungsgesprächen zwischen den Betreibern von Kernkraftwerken, den Deponiebetreibern und Gemeinden dafür Sorge zu tragen, dass an den potenziellen Deponiestandorten die notwendigen Sicherheitsvorschriften für ein Zwischenlager für schwachradioaktive Abfälle eingehalten werden.

Die Ratsversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, in Kooperation mit dem MELUR (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein) eine Informationsveranstaltung für Flensburger EinwohnerInnen zum Rückbau der Atomkraftwerke, zur Entsorgung der Abfälle aus dem Rückbau und zum 10-Mikrosievert-Konzept zu organisieren.

Begründung:

Im Juli lehnten der Hauptausschuss und die Gemeindevertretung der Gemeinde Harrislee die Deponierung von schwach radioaktivem Material aus den Kernkraftwerken Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel auf der Deponie Balzersen ab, da die zusätzlichen Risiken durch das Material aus Rückbauten der Kernkraftwerke nicht hinreichend widergelegt werden konnten.

Der Rat der Stadt Flensburg nimmt den einstimmigen Beschluss der Kolleginnen und Kollegen der Gemeinde Harrislee gegen die Lagerung von Abbruchmaterialien aus Kraftwerks--Rückbauten zur Kenntnis.

Aus der aktuellen Diskussion ist ersichtlich, dass es Interpretationsspielräume gibt, welche Deponieklasse für welche Abfälle in Betracht gezogen werden darf.

Die Entscheidungen müssen transparent, sorgfältig, nachhaltig und im Sinne von Menschen und Natur getroffen werden.

Mensch und Natur dürfen Risiken durch das Material aus Rückbauten von Kernkraftwerken nicht ausgesetzt werden.

Berichterstattung: Julia Döring

Ellen Kittel-Wegner

Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Frank Markus Döring
Fraktionsvorsitzender
CDU

Helmut Trost

Fraktionsvorsitzender
SPD